

*„Es ist mit Meinungen, die man wagt,
wie mit Steinen, die man voran im
Brette bewegt; sie können geschlagen
werden, aber sie haben ein Spiel
eingeleitet, das gewonnen wird.“*

Goethe, Maximen und Reflexionen

Kurt Pentzlin

AUCH HEUTE NOCH STABILE LÖHNE?

Vorbemerkung

Wir geben hier Herrn Dr. Kurt Pentzlin als einem Vertreter der Unternehmenseite die Möglichkeit zur Darstellung seiner lohnpolitischen Auffassungen - im Sinne unserer Bemühungen, über die Streitfragen unseres sozialen Lebens ein echtes Gespräch mit dem Sozialpartner zu führen. Wir brauchen nicht zu betonen, daß wir die Auffassungen von Dr. Pentzlin keineswegs teilen. Im übrigen verweisen wir auf die vorangehenden Darlegungen von Dr. Viktor Agartz.

Die Redaktion.

I.

Vor einigen Wochen habe ich als Vertreter der Unternehmenseite für einen Sektor der Ernährungsindustrie einen neuen Lohntarifvertrag mitunterzeichnet, der den Arbeitern eine Lohnerhöhung von ungefähr 12 v. H. brachte. Ich glaube, daß ich damit den Arbeitern dieses Industriezweiges - auf die Dauer gesehen - keinen Gefallen getan habe; und ich weiß, daß auch den Vertretern der Gewerkschaft, weil sie die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge der Lohnpolitik überblicken, nicht ganz wohl dabei war.

Wir freuten uns sozusagen darüber, daß wir eine Ausrede hatten, nämlich die, daß es sich „nur“ um eine „Lohnkorrektur“ handelte. Wir redeten uns ein, daß wir nur eine „Unebenheit“ im Lohngefüge ausglich. Im Grunde aber waren wir davon überzeugt, daß wir genau so viel Unebenheiten im Lohngefüge zurückließen und daß wir mithalfen, die berüchtigte Lohn-Preis-Spirale in Gang zu bringen.

Ich bedauere alle Nominalloohnerhöhungen, die zu Preiserhöhungen führen können oder müssen, weil ich weiß, daß in dem Wettrennen zwischen Preisen und Löhnen die Löhne doch immer hinten liegen und daß es aus gesamtwirtschaftlichen Überlegungen richtiger wäre, eine Politik der stabilen Löhne zu treiben. Ich freue mich, daß die Schriftleitung der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ mir als einem der Vertreter des Prinzips der Lohnstabilität Gelegenheit gibt, diese lohnpolitische Richtung hier zu erklären und zu vertreten. Ich bin der Aufforderung, diesen Artikel zu schreiben, gern nachgekommen, weil ich weiß, daß es noch viel zu wenig echte, ernste Gespräche zwischen den „Sozialpartnern“ - auch dieses Wort scheint heute schon wieder verpönt zu sein - gibt.

Im folgenden will ich vor allem auseinandersetzen, was unter einer Politik der Lohnstabilität zu verstehen ist und dann anschließend auf die Frage eingehen, ob auch unter den gegenwärtigen Preisbedingungen noch an einer Politik der stabilen Löhne festgehalten werden kann.

Das Prinzip der Lohnstabilität, das in den letzten zwei Jahren häufig diskutiert und vielleicht noch häufiger mißverstanden wurde, ist nur aus der Geschichte der Lohnpolitik und den Fehlern der Vergangenheit zu erklären und abzuleiten. Wie wurde denn früher Lohnpolitik gemacht? Die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterschaft verlangten in gewissen Abständen immer

wieder so viel wie möglich an Lohnerhöhungen. Die Arbeitgeber, vertreten durch ihre Arbeitgeberverbände, tendierten dahin, so wenig wie möglich zu geben. Staatliche Stellen, Schlichter oder andere Instanzen pendelten dann gewöhnlich Forderung und Weigerung auf der Mitte ein. Setzt sich das erst einmal durch, nimmt man zwangsläufig die Resultate vorweg. Es entwickelt sich eine Art von Pokerspiel. Stets stellt man schon vorher in Rechnung, daß man schließlich nur halb so viel bekommt, wie man haben oder verweigern will. Dieses Spiel, das jahrzehntelang getrieben wurde, ist dadurch besonders reizlos geworden, daß beide Sozialpartner sich Spezialisten engagierten, die die feste Aufgabe hatten, auf der einen Seite den Lohn niedrig zu halten, auf der anderen ihn hoch zu treiben. Anstatt sich gemeinsam um eine Kosten- und Preissenkung zu bemühen, um so die Reallöhne zu erhöhen, schien es eine unabänderliche Tendenz zu sein (und dies scheint auch heute noch der Fall), auf der einen Seite immer höhere Nominallöhne zu erkämpfen und auf der anderen Seite die Lohnkosten soweit wie möglich zu drücken, mit dem Erfolg, daß alle so mühsam erkämpften Nominalerhöhungen - das ist statistisch nachweisbar - in spätestens zwei Jahren doch wieder auf erhöhte Preise abgewälzt waren.

Diese Kritik an den Fehlern der Lohnpolitik der Vergangenheit richtet sich durchaus nicht nur gegen die Gewerkschaftsseite, sondern sie verlangt genau so von der Arbeitgeberseite eine ganz neue Einstellung.

Der Versuch einer objektiven Kritik mußte feststellen, daß die meisten Unternehmer viel zu lange nur die Lohnsumme in der Bilanz gesehen und sich viel zu wenig daran gewöhnt haben, den *Lohnanteil* am Erzeugnis im Rahmen der übrigen Kosten zu betrachten. Das ist aber noch nicht einmal das Wichtigste: nur wenige können sich ganz davon frei machen, den Lohn ausschließlich als Kostenfaktor zu sehen; und nur die allerwenigsten haben sich schon dazu durchgerungen, den Lohn als Leistungsfaktor zu sehen. Diese Bevorzugung des Kostendenkens gegenüber dem Leistungsdenken hat natürlich die Folge, daß die großen lohn- und leistungspsychologischen Möglichkeiten, die zu individuellen Verdienstverbesserungen führen können, ohne daß sie auf die Preise abgewälzt zu werden brauchen, meist vernachlässigt und nur selten aktiviert werden. Wenn in der Vergangenheit der Unternehmer unter Lohndruck gesetzt wurde, dann wählte er von den beiden Wegen, auszuweichen, den bequemsten, nämlich die Ausweichmöglichkeit über den Preis. Die zweite produktivere und für die Gesamtwirtschaft wesentlich günstigere Ausweichmöglichkeit, nämlich die über die Rationalisierung, wurde meistens vergessen, weil sie unbequem und anstrengend ist.

Die vor zwei Jahren ausführlich begründete - und hier nur kurz angedeutete - Kritik bemühte sich, objektiv zu sein; sie wies die acht Hauptfehler der vergangenen Lohnpolitik nach und gipfelte in der Forderung:

„Wir müssen endlich aufhören mit dem Kuhhandel um höhere Nominallöhne und müssen aufhören mit dem bequemen Ausweichen auf Entlassungen und Lohnsenkungen in Krisenzeiten. Wir müssen Schluß machen mit den vermeintlichen Interessengegensätzen zwischen den einzelnen Industrie- und Wirtschaftszweigen, vielleicht sogar mit dem Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf dem Gebiet der Lohnpolitik. Wir müssen Schluß machen mit der falschen Rücksichtnahme auf den Betrieb, der den höchsten Saustalkoeffizienten hat. Und an die Stelle der gefährlichen Nivellierungstendenz müssen wir mutig die Differenzierung setzen, das Öffnen der Verdienstmöglichkeiten nach oben. Vorurteilsfrei und unbelastet durch Theoriereste müssen wir uns in die gar nicht einmal so schwierigen Zusammenhänge zwischen Sozialprodukt und Einkommen, zwischen Preis und Lohn, hineindenken, sie zu begreifen und

zu meistern suchen. Wir müssen mehr an Leistung als an Kosten denken und, auch danach handeln. Und vor allem müssen wir gerade heute die großen Möglichkeiten der Rationalisierung ausschöpfen.“¹

Die unvoreingenommene Kritik verlangte im Interesse aller Beteiligten, in dem der Unternehmer und der gesamten Wirtschaft mindestens ebenso wie im Interesse der Arbeiter, eine Wendung der Lohnpolitik um 180 Grad. Es war schon damals vor zwei Jahren klar, daß es jedem in der Wirtschaft Tätigen ganz besonders schwer fallen würde, den Blick über die eigene Lohntüte und über den eigenen Geldschrank hinaus in die Weite, in die Zukunft, zu richten, wenn sie auch alle, Arbeiter und Unternehmer, genau wissen müßten, daß die gemeinsame Aufgabe der Zukunft das vergrößerte, angereicherte Sozialprodukt ist.

Nach der Auseinandersetzung mit dem, was in der Vergangenheit auf lohnpolitischem Gebiet falsch gemacht worden ist, war und ist es notwendig, sich den Weg in die Zukunft zu überlegen. Es gibt lohnpolitisch eigentlich nur sechs Möglichkeiten; und wir müssen uns die Frage vorlegen, welche davon die meiste Aussicht auf Erfolg hat (unter „Erfolg“ verstehe ich in diesem Zusammenhang die Erhöhung der Realkaufkraft der breiten Massen, die dann den Unternehmern die höheren Umsätze in einer krisenfreien, gleichmäßig fortschreitenden Wirtschaft bringt). Es gibt einmal die Möglichkeit, Preise und Löhne gleichzeitig stabil zu halten. Die letzten Jahre haben bewiesen, daß dieser Versuch mißglückt ist, und zwar sogar unter den Zwangsmaßnahmen einer Rüstungskommandowirtschaft, in der Hauptsache wohl deshalb, weil diese doppelte Bremse der menschlichen Natur zuwider ist. Die zweite Möglichkeit betrifft die bekannten, sich immer wiederholenden Nominalrohnerhöhungen mit kurz darauf folgenden Preiserhöhungen; dieser Versuch, Preise und Löhne zu schrauben, nützt nichts, er gibt dem Arbeiter Steine statt Brot. Eine dritte Möglichkeit bietet die Anwendung der sogenannten gleitenden Lohnskala, wie sie immer wieder einmal versucht oder propagiert wird. Sie besagt, daß die Löhne immer wieder den steigenden Preisen angepaßt werden müssen, sobald diese Steigerung an einer verabredeten Aufwärtsentwicklung des Lebenshaltungskostenindex abgelesen werden kann. Doch ist dieser dritte Weg nur eine verfeinerte, verkürzende und wissenschaftlich verbrämte Abart des zweiten Weges, und auch er nützt dem Arbeiter auf die Dauer nichts. Der vierte Weg, die ursprünglich aus Frankreich kommende „salaire proportionale“ mit ihrem Versuch, den Lohnanteil an den einzelnen Erzeugnissen trotz technischen Fortschrittes im Interesse der Arbeiter stabil zu halten, ist inzwischen wohl endgültig aufgegeben worden. Der stark unterschiedliche technische Fortschritt in den verschiedenen Industriezweigen und Betrieben würde mit der Zeit zu unerträglichen Verdienstunterschieden führen. Die fünfte Möglichkeit, die Preise zu stabilisieren und die Löhne zu erhöhen, wie sie zeitweise in den USA propagiert wurde, ist bisher auch immer mißglückt. Sie stellt aber einen Weg dar, der vielleicht einmal vorübergehend in einer Übergangs- und Angleichungsperiode beschritten werden muß. Die sechste und letzte Möglichkeit besteht darin, die Löhne möglichst „stabil“ zu halten und dann die Preise zu senken, um dadurch die Reallöhne zu erhöhen. Dieser letzte Weg hat aus vielen Gründen die meiste Aussicht auf Erfolg.

Bei der programmatischen Forderung einer „Lohnstabilität“ wurde schon damals vor zwei Jahren, um Mißverständnissen vorzubeugen, ausdrücklich festgestellt, daß die Forderung nach stabilen Löhnen durchaus nicht in einem Gegensatz zu der auch erwähnten Forderung nach höheren Realeinkommen stehe.

¹ Vgl. Kurt Pentzlin, Sozialprodukt und Arbeiter in „Ein deutsches Programm“, Referat auf der Kundgebung der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947, am 21. Oktober 1948.

„Wenn überhaupt ein Gegensatz vorhanden ist, dann kann es nur der zwischen Nahziel und Fernziel sein, zwischen unabdingbaren Voraussetzungen auf der einen und Erfüllung auf der anderen Seite. Wir brauchen zuerst eine Angleichung der Löhne an ein imaginäres Preisniveau bei gleichzeitiger Neuordnung der Löhne. Wir brauchen eine ‚Entchaotisierung‘ der Lohnverhältnisse. Wir müssen wissenschaftlich einwandfreie Relationen zwischen den Löhnen der einzelnen Branchen, zwischen den einzelnen Bezirken herstellen.“

Gerade auf das Ordnen des Lohngebäudes wurde schon damals besonderes Gewicht gelegt, weil eindeutig feststeht, daß nicht nur steigende Lebenshaltungskosten immer wieder ein Grund für das Ingangbringen der unheilvollen Lohn-Preis-Schraube sind, sondern daß auch unberechtigte Lohnunterschiede zwischen den einzelnen Branchen oder zwischen einzelnen Regionen genau so gut und genau so oft als Antrieb der Lohn-Preis-Spirale wirken.

Selbstverständlich war man sich darüber klar, daß die Durchführung einer solchen Lohnpolitik bei beiden Sozialpartnern nicht nur unbequem, sondern auch unpopulär sein würde. Ich war und bin überzeugt, daß diejenigen, die sich bemühen, eine solche Lohnpolitik durchzusetzen, nie damit rechnen können, Dank zu ernten. *Metternich* hatte bestimmt recht, wenn er sagte: „Es ist unmöglich, die Menschen glücklich zu machen, ihre eigene Natur duldet es nicht; alles, was man erreichen kann, ist eine allgemeine mäßige Unzufriedenheit bei möglichst großer Sicherheit des Daseins.“ Ich schloß damals die Begründung der „Politik der stabilen Löhne“ recht skeptisch mit den folgenden Gedankengängen: „Ich gebe mich keinen Illusionen hin über die Schwierigkeiten, die zwischen der Zustimmung zu einem lohnpolitischen Programm und seiner Verwirklichung in der Praxis bestehen. Die Arbeiter - vor allem die Führer der Arbeiterschaft - müssen begreifen, daß nur eine Politik der stabilen Löhne zwecks Vollbeschäftigung und Preissenkung auf die Dauer ihren Reallohn und damit ihren Lebensstandard erhöhen kann. Man kann aber vom Arbeiter und Arbeitervertreter gegenwärtig kaum eine andere Lohnpolitik erwarten als die, die er bisher betrieben hat und auch heute noch betreibt. Das hängt wohl in der Hauptsache damit zusammen, daß die meisten von ihnen dogmatisch gebunden sind und sich dabei wohlfühlen, und sicherlich auch daran, daß es heute noch für den Arbeiter, für den sogenannten Proletarier, gewissermaßen unanständig ist, nicht Marxist zu sein, nicht marxistisch zu denken. Es wird furchtbar schwer sein, das menschlich verständliche Mißtrauen des Arbeiters gegen jeden Kurswechsel auf dem Gebiet der Lohnpolitik gerade in einer Zeit weglaufender Preise zu überwinden. Beim Unternehmer stößt man weniger auf ein Mißtrauen, sondern vielmehr auf ein bei seinen größeren Einsichtsmöglichkeiten eigentlich nicht ganz verständliches ‚Nichtverstehenkönnen‘ der Situation, und bei vielen vielleicht auch auf eine angeborene oder angewöhnte ‚Kurzsichtigkeit‘. Auch vom Unternehmer wird man kaum erwarten können, daß er eine lange geübte und vielleicht sogar liebgewonnene Denkrichtung und Kampfaktik aufgibt, am allerwenigsten wohl von vielen seiner beauftragten Funktionäre, von den ‚alten Fuhrmännern in der Lohnpolitik‘. Der Unternehmer muß aber einfach einsehen, daß er auf die Dauer nur an hohen, an höheren Löhnen verdienen-, und daß nur er die soziale Frage durch eine wesentliche Vergrößerung des Sozialproduktes lösen kann. Seine Stellung zu einer fortschrittlichen Lohnpolitik ist eigentlich nur zu vergleichen mit der Stellung des Unternehmertums zur Wissenschaft, einer Stellung, die vielleicht gar nicht vielen bewußt ist und in dem Wort zum Ausdruck kommt, daß die Forschung von heute die Technik von morgen ist. Es muß sich beim Unternehmer erst noch der einfache Gedanke durchsetzen, daß der Lohn von heute der Umsatz von morgen ist.“

Die hier kurz skizzierte Politik, der stabilen Löhne hat in den vergangenen zwei Jahren sehr viel Zustimmung gefunden, und zwar eigenartigerweise in beiden Lagern, sowohl auf Gewerkschafts- wie auf Unternehmerseite. Das muß allerdings mit einer gewissen Einschränkung gesagt werden; denn es war zu beobachten, daß nach einer grundsätzlichen Zustimmung zu den Hauptgedanken jede Seite mit Vorliebe die für sie bequemsten Sätze und Argumente zitierte und für sich selbst in Anspruch nahm.

Wie wohl in solchen Fällen gar nicht zu vermeiden, wurde dem Verfasser auf der einen Seite gerne vorgeworfen, daß er „die Fronten aufweiche“, und auf der anderen Seite, daß die von ihm vertretene Ansicht niemals die des gesamten deutschen Unternehmertums werden könnte.

Trotz allem kann aber wohl heute festgestellt werden, daß auch in Gewerkschaftskreisen seit langem der Gedanke vertreten wird: „Was nützen uns höhere Löhne, wenn wir nicht mehr damit kaufen können?“ Die grundsätzliche Einstellung, die aus dieser populären Formulierung spricht, hat wohl noch besser ihren Ausdruck im Juli-Heft dieser Zeitschrift gefunden, wo *Stenze²* sagt: „Die Lohnpolitik der neuen Gewerkschaftsbewegung war und ist dadurch gekennzeichnet, daß sich alle verantwortlichen Stellen darüber im klaren sind, dass nominelle Lohnerhöhungen, die durch Preissteigerungen ausgeglichen werden, keine Lösung des Problems bringen.“

Auf der anderen Seite ist festzustellen, daß der Lohnpolitische Ausschuß der Vereinigung der Arbeitgeberverbände das Prinzip der Lohnstabilität schon seit langem vertritt, und es auch gerade in der gegenwärtigen Preis-Situation mit Rücksicht auf diejenigen, die nicht in Arbeit und Brot stehen, also mit Rücksicht auf die Rentner, die Flüchtlinge und die Arbeitslosenunterstützungsempfänger für notwendig hält, an der Politik der stabilen Löhne im Prinzip festzuhalten.

Um ein Mißverstehen dieser Absicht von vornherein auszuschließen, ist es wohl notwendig, zur Ergänzung und näheren Abgrenzung noch das Folgende zu sagen: Lohnstabilität in dem hier vertretenen Sinne bedeutet nicht einen verkampfenden und doch nicht durchführbaren „Lohnstop“. *Durch die Stabilität der Nominallöhne soll eine weitgehende Senkung der Preise zur Erhöhung des Reallohnes der Arbeiterschaft erreicht werden;* oder aber wenn die Gefahr besteht, daß die Preise allgemein ansteigen, dann soll mit der Stabilität der Nominallöhne *und selbstverständlich auch mit anderen Maßnahmen*, der Versuch gemacht werden, diesem Auftrieb der Preise zu begegnen. Denn bei Erhöhung der Nominallöhne besteht ja immer die Gefahr, daß die stabileren Einkommen, wie Renten und Unterstützungsbeträge, nachhinken. Es ist doch wohl klar, daß jede Verbilligung der Lebenshaltung und jede Bemühung um ein Abstoppen einer Aufwärtsbewegung der Preise gerade den minderbemittelten Volksschichten, die sich nicht ohne weiteres an Lohnbewegungen anhängen können, zugute kommen muß.

Das Prinzip der Lohnstabilität, wie es heute auf der Arbeitgeberseite vertreten wird, hat nichts mit einer doktrinären Enge zu tun. Wo ein Ausgleich unsozialer Löhne zur Vornahme von Lohnkorrekturen, zur Herstellung besserer Lohnrelationen notwendig erscheint, wo ferner durch gestiegene Leistung der Arbeiterschaft, durch erhöhte Produktivität der Betriebe in einem „sozialen Wettbewerb“ eine Erhöhung von Individual-Einkommen möglich ist, sind selbstverständlich Lohnverbesserungen auch im Rahmen dieses Grundsatzes der Lohnstabilität möglich und nötig.

2 Adalbert Stenzel, Die Lohn-Preis-Schere, Gewerkschaftliche Monatshefte, Juli 1950.

Aber wir dürfen doch nicht vergessen, daß allgemeine Lohnbewegungen, die zu Preiserhöhungen und immer weiteren Preiserhöhungen führen müssen, in keinem Augenblick - gerade auch, für die Arbeiterschaft - gefährlicher gewesen sind als im gegenwärtigen.

II.

Und damit komme ich zu der Frage, ob die „Politik der stabilen Löhne“ auch heute, wo zweifellos Preiserhöhungen eingetreten sind, noch mit genau so gutem Gewissen vertreten werden kann. Ich glaube, daß die Frage *heute mehr denn je* bejaht bleiben muß, weil die Lohnpolitik das *aktivste Mittel der Konjunkturpolitik* ist. Aus diesem Grunde müßte versucht werden, über ein Festhalten der Löhne und durch andere Maßnahmen zu erreichen, daß die Preise wieder wesentlich sinken. Ich gebe zu, daß die Situation sich in den letzten Monaten verändert hat. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich die politisch bedingte Entwicklung auf dem Weltmarkt bedauere, weil sie eine gesunde Entwicklung der deutschen Wirtschaft durch plötzliche Preiseinbrüche ernstlich gefährden könnte. Ich glaube aber, daß für die Sozialpolitik im Augenblick das Problem so zu sehen ist: Sollen wir die Lage der Arbeiter dadurch verbessern, daß nun Lohnerhöhungen durchgesetzt werden, oder aber sollen wir *durch eine Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftslage* auch die Lage der mittleren und kleineren Einkommen verbessern? Die Preise auf dem Weltmarkt in einigen wichtigen Grundstoffen sind gestiegen. Es ist nun die Frage: Können wir diese Preise in der deutschen Wirtschaft in der Kalkulation der einzelnen Unternehmungen so auffangen, daß sie im Endpreis unserer Produkte nicht zum Ausdruck kommen? Ich glaube, daß man zumindest auch im Interesse der Arbeitnehmerschaft den Versuch machen sollte. Aussichten sehe ich dafür. Denn diese Preissteigerungen auf dem Weltmarkt lassen sich bis zu einem gewissen Grade in Deutschland in den Endfabrikaten „verkraften“, allerdings nur unter ganz bestimmten Bedingungen: Wenn beispielsweise in der Industrie bei gesteigerten Umsätzen - und das meint man ja heute, wenn man von Mengenkonzunktur spricht - in der Kalkulation *nicht mit denselben Zuschlägen* gerechnet wird, oder wenn beispielsweise im Handel bei gesteigerten Umsätzen *nicht dieselbe* sogenannte - und viel umstrittene - *Handelsspanne* in Anspruch genommen wird. Dann ließe sich vieles erreichen.

Durch die Erklärungen von *Dr. Agartz* vom 26. September 1950 in Düsseldorf ist aber eindeutig klar geworden, daß die Gewerkschaftsführung sich entschlossen hat, den arbeitenden Menschen „an den jeweiligen Konjunkturphasen teilnehmen zu lassen“ und, wie dort zugegeben wird, eine „vielleicht heute reichlich altmodisch anmutende“ Lohnbewegung in Gang zu bringen.

Ich bedauere, daß die Gewerkschaftsführung sich in der gegenwärtigen Lage plötzlich (die Begründung mit der Ablehnung des Mitbestimmungsrechtes überrascht bestimmt viele und befriedigt wohl nur sehr wenige!) entschlossen hat, „in erster Linie auf die Interessen ihrer Mitglieder“ Rücksicht zu nehmen und „eine Marktlage auszunutzen“. Das bedauere ich nicht etwa wegen des Rationalisierungsdruckes auf das Unternehmertum, sondern weil ich wirklich sehr ungünstige Dauerschädigungen für die Gesamtbevölkerung befürchte. Ich bin überzeugt, daß es auch auf der Gewerkschaftsseite Menschen gibt, die die Ehrlichkeit dieses Bedauerns und dieser Befürchtung nicht bezweifeln werden.

Aus der Tatsache, daß andere sich unvernünftig - das Allgemeinwohl schädigend - verhalten, sollte man doch nicht für sich selbst die Berechtigung zu einem genau so unvernünftigen Verhalten ableiten; vor allem dann nicht, wenn ich weiß, daß dieses bewußt hemmungslose Handeln mich auf die Dauer doch schädigen muß. Es wäre gerade im Interesse der deutschen Arbeiterschaft,

noch mehr aber im Interesse aller derjenigen, die noch nicht oder nie mehr produktiv sein können, richtiger, in der Rangordnung der Ziele die Bekämpfung *aller* Preisauftriebstendenzen an die Spitze zu stellen.

Die Forderung nach allgemeinen Lohnerhöhungen damit zu begründen, „daß über die Hälfte des deutschen Volkes durch ihr geringes Einkommen, insbesondere durch Erwerbslosenbezüge und Renten, von der freien Konsumwahl ausgeschlossen sind“, überzeugt nicht, weil damit indirekt zugegeben wird, daß diejenigen, die in Arbeit und Brot stehen, nicht unter einer Einbuße der Realkaufkraft zu leiden haben.

Verhältnismäßig neu für das Nachkriegsdeutschland ist der Standpunkt der Gewerkschaften, daß man den Unternehmer unter dem Druck hoher und steigender Löhne zwingen will zu rationalisieren, moderne Arbeitsmethoden anzuwenden - besonders wenn man sich erinnert, daß noch im März dieses Jahres die Vertreter der Gewerkschaften bei der Neugründung des „Rationalisierungskuratoriums der deutschen Wirtschaft“ (RKW) ernstlich die Forderung erhoben, jede Rationalisierungsmaßnahme zu verbieten, bis der letzte Arbeitslose von der Straße verschwunden ist.

Ich gebe *Herrn Dr. Agartz* gern zu, daß die Ausweichmöglichkeiten über die *Sachkosten* riesengroß sind. Aber gerade weil ich für mich persönlich wohl in Anspruch nehmen darf, daß ich diese Möglichkeiten immer wieder nachgewiesen und ihre Ausnützung mit stärkstem Nachdruck *gefordert* habe, muß ich in diesem Zusammenhang erklären, daß ich leider überzeugt bin, *allgemeine* und beträchtliche, d. h. über den Ausschlag der Indexzeiger hinausgehende Lohnerhöhungen werden doch zu weiteren Preiserhöhungen führen. Daran ändert weder die sarkastische (schon fast zynische) Bemerkung etwas, daß die Gewerkschaften durch ihre neue Lohnpolitik eine Chance gäben, „unter Beweis zu stellen, was Unternehmerbegabung und Unternehmerinitiative vermag“, - noch die wohl im stillen mitschwingende Hoffnung, daß eine Renaissance der Planwirtschaft und „Bewirtschaftung“ das deutsche Sozialprodukt vergrößern und dabei den Anteil der „Arbeitseinkommen“ verbessern könnte. Man scheint immer wieder zu vergessen, worauf es wirklich bei der Hebung des Lebensstandards der breiten Masse ankommt. „Wo nichts ist, da hat nicht nur der Kaiser, sondern auch der Proletarier sein Recht verloren.“ (*Max Weber*)

Es steigen ja gegenwärtig nicht nur die Löhne. Leider scheint in der Gewerkschaftsspitze niemand zu sehen oder auch nur verstehen zu *wollen*, wie stark die Bemühungen in der großen Mehrzahl der Betriebe sind, die Kostensteigerungen von der Rohmaterialseite her in der Kalkulation der Fertigwaren zu „verkräften“. Es ist ja so viel einfacher und „optisch“ wirkungsvoller, auf Auswüchse zu schimpfen, die doch wohl in der Hauptsache auf ein Noch-Nicht-Funktionieren des Marktes zurückzuführen sind, als wirklich mitzuhelfen, daß sich seine preissenkenden Tendenzen reiner auswirken können.

Vergessen wir doch nicht, daß es vor knapp zwei Jahren viel schwerer war, Schuhbänder und Hosenknöpfe zu kaufen, als heute ein Paar Schuhe oder einen Anzug zu erwerben. Vergessen wir doch auch nicht, daß in einem Jahr, im letzten Jahr (im Vergleich des Wirtschaftsjahres 1949/50 mit 1948/49) der Verbrauch je Kopf der Bevölkerung an Zucker um 18 v. H., Obst und Südfrüchten um 47 v. H., Fleisch um 66 v. H., Trinkvollmilch um 37 v. H., Fetten um 73 v. H., Käse um 35 v. H. und Eiern um 82 v. H. gestiegen ist.

Das alles haben bestimmt nicht nur diejenigen verzehrt, die durch „Fehlinvestitionen“, „Luxuskonsum“ oder „schnelle Aufstockung von Vermögen“ profitiert haben. So bedauerlich solche Auswüchse in unserer „Transformationsperiode“ sein mögen, noch bedauerlicher ist es, ihretwegen auf die Vorteile

einer echten Konkurrenz zu verzichten. Denn dieser Verzicht wäre nach meiner Überzeugung gleichbedeutend mit einem dauernden *Verzicht auf Massenwohlstand*.

Noch verdienstvoller als die *Aufspaltung* des Lebenshaltungskostenindex und die Herausarbeitung des „Arme-Leute-Index“ wäre wohl eine Untersuchung durch das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften über das, was sich auch der Arbeiterhaushalt in den letzten zwei Jahren endlich an Kleidung, Schuhwerk, Möbeln, Hausrat, Fahrrädern usw. hat anschaffen können, trotz - oder gerade wegen - der relativ stabil gebliebenen Löhne, und trotz der vielen noch bestehenden Verkrampfungen und Belastungen des Produktionsapparates.

Daß durch den „Rückfall“ der gewerkschaftlichen Lohnpolitik die m. E. ernstesten Bemühungen des Bundeskanzlers und des Bundeswirtschaftsministers, die aus außenpolitischen Gründen entstandene - und an sich bedauerliche - Weltmarkt-Preiskonjunktur in eine Inlands-Mengenkonjunktur umzuwandeln, empfindlich gestört werden, sei nur am Rande vermerkt. Ich glaube nicht, daß die in den Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft ebenso handeln würde wie die Träger der neuen, aber ewig alten Lohnpolitik der Gewerkschaften, die „auf ihre in den früheren Jahrzehnten gepflogenen Kampfweisen zurückgreifen“ wollen, wenn sie sich darüber klar wäre oder klar werden könnte, daß sich der restdeutschen Volkswirtschaft vielleicht die einmalige Chance bietet, im Schatten der Rüstungskonjunktur der anderen mit den sozialen und wirtschaftlichen Hypotheken der Vergangenheit in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit fertig zu werden.

Wenn in dem konjunkturellen Aufschwung, in den wir hineingehen, der Akzent auf den Preiserhöhungen mit ihrem konstanten inflatorischen Druck liegt, dann rückt die Krisengefahr schon jetzt sehr nahe, und die Arbeiter werden erfahrungsgemäß den Kürzeren ziehen. Wenn sich aber *alle* Beteiligten in Selbstdisziplin (und ich verlange diese bestimmt nicht nur vom Arbeiter und der Gewerkschaft!) auf die Mengenkonjunktur, also auf Marktausweitung, Marktdifferenzierung und Preissenkung konzentrieren würden, könnte für *alle* Beteiligten etwas Ersprießliches herauskommen. Die Verantwortung dafür liegt aber auch bei allen, also *auch* bei den Gewerkschaften mit ihrer Lohnpolitik. Wohl jeder, der die programmatischen Ausführungen von *Dr. Agartz* mit Aufmerksamkeit und einem der Lage entsprechenden Ernst gehört oder gelesen hat, hat als die schwächste und bedenklichste Stelle seiner Gedankenführung den Satz empfunden: „Und die Gewerkschaften müssen die höhere Verantwortung zunächst denen überlassen, die im Besitz der Rechte und der Macht sind.“

Der Satz, der in den langen Ausführungen von *Dr. Agartz* am wenigsten - gerade wegen seiner Einbettung in einspurige wirtschaftspolitische Forderungen - überzeugt, heißt: „Die Gewerkschaften stehen zu ordnenden Maßnahmen des Marktes ohne Dogmatik, vor allem ohne Weltanschauung.“ *Es wäre schön, wenn es einmal so sein könnte!* Aber die Preisgabe z. B. des Ideals einer krisenfreien Wirtschaft scheint weniger ein Zeichen undogmatischer Haltung, als vielmehr das Ergebnis einer vom Augenblick begünstigten Taktik zu sein. Ob wir es wohl einmal erleben werden, daß echte Führer der deutschen Arbeiterschaft einen für richtig erkannten Weg, den Lebensstandard der großen Mehrzahl des Volkes wesentlich und dauernd zu heben, auch dann gehen werden, wenn er im Widerspruch steht zu einem überwundenen Dogma, zu parteipolitischen Verpflichtungen oder zu Ideologien, von denen man sich aus sentimentaler Tradition noch nicht trennen kann?